



Dietrich Murswiek

## Verfassungsschutz und Demokratie

Voraussetzungen und Grenzen  
für die Einwirkung der Verfassungsschutzbehörden  
auf die demokratische Willensbildung

Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1416

187 Seiten, 2020

Print: <978-3-428-15922-2> € 39,90

E-Book: <978-3-428-55922-0> € 35,90

Wenn der Verfassungsschutz politische Parteien und Meinungen als verfassungsfeindlich bewertet, nimmt er hoheitlich auf die politische Willensbildung Einfluss. Er warnt vor diesen Parteien und grenzt die von ihm als extremistisch bewerteten Meinungen aus dem öffentlichen Diskurs aus. Dieser Kampf gegen den Extremismus dient dem Schutz der Demokratie, wenn er sich gegen tatsächliche Verfassungsfeinde richtet. Er schadet der Demokratie, wenn die Betroffenen zu Unrecht als Verfassungsfeinde stigmatisiert werden. Das Buch arbeitet die rechtlichen Voraussetzungen für die Beobachtung einer Organisation durch den Verfassungsschutz und für die öffentliche Darstellung der Organisation als extremistisch heraus. Der Autor präzisiert die rechtlichen Maßstäbe für diese Tätigkeit des Verfassungsschutzes und zeigt, dass es grundsätzlich verfassungswidrig ist, im Verfassungsschutzbericht über Organisationen zu berichten, deren Verfassungsfeindlichkeit nicht erwiesen ist.

### Inhalt

**A. Einführung: Verfassungsschutz und Demokratie:** »Streitbare Demokratie«: eine deutsche Besonderheit — Die Ambivalenz des Verfassungsschutzes — Notwendigkeit der rechtsstaatlichen Einbindung und Kontrolle des Verfassungsschutzes

**B. Rechtliche Voraussetzungen für die Beobachtung einer Organisation durch den Verfassungsschutz:** Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden — Verfassungsfeindliche Bestrebungen als Beobachtungsobjekte — Tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen — Zeitliche Grenzen der Beobachtung

**C. Der Verfassungsschutzbericht als Instrument der Extremismusbekämpfung – rechtliche Voraussetzungen und Grenzen:** Verfassungsschutz im materiellen Sinne und Verfassungsschutzberichte — Der Verfassungsschutzbericht als Kampfinstrument — Rechtliche Anforderungen an die Berichterstattung

**Annex 1: Meinungsäußerungen als Belege für eine verfassungsfeindliche Zielsetzung:** Einleitung: Meinungen als Indikatoren für eine verfassungsfeindliche Zielsetzung — Kriterien des Grundgesetzes für die Ausgrenzung von Meinungen im Verfassungsschutz-

bericht — Fazit: Verfassungsschutz darf nicht Status-quo-Schutz sein

**Annex 2: Verfassungsschutz-Mitarbeit als staatsbürgerliche Obliegenheit?:** Die Strategie der Ausgrenzung — Die Sanktionierung der Nichtausgrenzung — Rechtliche Voraussetzungen für die Sanktionierung der Nichtausgrenzung — Verdachtsberichterstattung: Verschärfung des Problems — Schlussbemerkung

**Annex 3: Tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen – Beispiele für problematische Wertungen des Verfassungsschutzes:** Ethnisch-kultureller Volksbegriff — Wahrung der Identität der Nation beziehungsweise des ethnisch-kulturell verstandenen Volkes als politisches Ziel — Relative Homogenität des Volkes — Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft/ des Multikulturalismus — Verwendung »rechtsextremistischen« Vokabulars — Pauschale Kritik einer politischen Partei an anderen Parteien und an der Regierung/ Verneinung der Existenzberechtigung politischer Parteien — »Umerziehung« — Erinnerungspolitik

Sachwortregister

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

[www.duncker-humblot.de](http://www.duncker-humblot.de)